

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

19.1.1932 (No. 15)

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Expedition Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Karlsruhe Nr. 953 und 954

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsangehörigen: Chefredakteur G. H. K. n. b. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. Einzelnummer 10 Reichspennig. Samstag 15 Reichspennig. Anzeigengebühr: 14 Reichspennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite...

Schicksalsfragen der deutschen Großstädte

Der 'Berliner Morgenzeitung' entnehmen wir folgende, höchstbedeutende Ausführungen:

1. In den deutschen Großstädten Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Dresden, Magdeburg und Altona reicht die Zahl der Lebendgeborenen zur Erhaltung der Bevölkerungszahl nicht mehr aus...

Die amtlichen oder halbamtlichen Erläuterungen zu solchen Ziffern pflegen auf die Wirtschaftskrise als Hauptursache, hier und da auch auf andere Dinge, starkes Auftreten der Grippe und ähnliches hinzuweisen...

Es ist also eine Schicksalsfrage von überragender Bedeutung, ob die deutschen Großstädte Aussicht haben, nach Beendigung der Wirtschaftskrise eine neue, die von ihnen erwartete Wachstums-Epoche zu erleben...

In diesem Werk wird mit eindringlicher wissenschaftlicher Sorgfalt der Beweis angetreten, daß auf Grund des deutschen Bevölkerungsaufbaus ein weiteres Wachstum der Städte für absehbare Zeit nicht mehr in Rechnung gestellt werden darf...

Letzte Nachrichten

Reichsregierung und Banken

Danabank und Dresdener Bank

BRB, Berlin, 19. Jan. (Priv.-Tel.) Auf sozialdemokratische Anfrage nach den Plänen der Reichsregierung bezüglich der Banken, an denen sie beteiligt sei, erklärte im Haushaltsausschuß des Reichstages Reichsbankentommissar Ernst, daß noch nichts gesagt werden könne...

Außerordentliche Zollmaßnahmen Eine neue Zollverordnung

BRB, Berlin, 19. Jan. (Tel.) Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident folgendes verordnet:

Artikel I: Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

- 1. bei der Einfuhr von Waren, die aus Ländern stammen, deren Währung unter die Goldparität gesunken ist, für einzelne Waren oder Warengruppen Ausleihzuschüsse zu erheben,
2. für Waren, die aus einem Lande stammen, mit welchem das Deutsche Reich nicht in einem handelsvertraglichen Verhältnis steht, oder welches die deutschen Waren ungunstiger behandelt als die Waren eines dritten Landes, erhöhte Zollsätze festzusetzen...

Dr. Silberding und Reemtsma-Kongress

Verurteilung eines nationalsozialistischen Schriftleiters

BRB, Frankfurt, 19. Jan. (Priv.-Tel.) Das Frankfurter Gericht verurteilte den verantwortlichen Schriftleiter der in Sachlach (Wald) erscheinenden nationalsozialistischen Tageszeitung 'N. S. B. Reimfront', Josef Günterfaub, wegen übler Nachrede zu 300 RM Geldstrafe bzw. 10 Tagen Gefängnis...

Die Strafanträge im Lübecker Prozeß

BRB, Lübeck, 19. Jan. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Lübecker-Prozesses beantragte der Oberstaatsanwalt auf Grund des § 222 Abs. 2 des Strafgesetzbuches (sachliche Täutung) gegen Prof. Deyde und Obermedizinalrat Dr. Altkraut eine Gefängnisstrafe von drei Jahren, gegen Prof. Dr. Klotz ein Jahr Gefängnis und Freisprechung der Schwester Anna Schüte.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag mit dem Schutz der bäuerlichen Veredelungswirtschaft. Die Beratungen gelangten zum Abschluß und die zu treffenden Entscheidungen werden demnächst veröffentlicht.

durchschnittliche Schülerzahl der Vorkriegszeit je wieder zu erreichen

Die deutschen Stadtverwaltungen mühten aus ihrer Rathgarie gegenüber Nawrakis Untersuchungen allein schon durch den Blick auf die etwaigen wirtschaftlichen Folgen der von ihm festgestellten Tatsachen aufgerüttelt werden. Fast mehr noch aber sollten sie durch die Schlussfolgerungen, die jeder Leser zunächst aus dem Buche zu ziehen gezwungen ist, sich ihrer Rechtfertigungspflicht bewußt werden...

* Politik des Ausweichens

Man kann heute schon jagen, daß die Konferenz von Lausanne, wenn sie überhaupt stattfindet, keine Lösung des Reparationsproblems bringen wird. Nach den neuesten Meldungen vertritt Frankreich die Auffassung, daß man erst einmal die Wahlen, die im Laufe dieses Jahres in Frankreich, in Deutschland und in den Vereinigten Staaten stattfinden werden, abwarten solle...

Wie es scheint, ist man in London geneigt, dieser Auffassung der Pariser Regierung zuzustimmen. Käme es auf dieser Grundlage zwischen den Unterzeichnern des Youngplans jetzt schon auf diplomatischem Wege zu einer Verständigung, dann würde die Lausanner Konferenz allerdings überhaupt gegenstandslos sein.

Es ist selbstverständlich, daß Deutschland dieser Auffassung nicht beipflichten kann und nicht beipflichten wird. Wir können unsere Gläubiger nicht zwingen, nach Lausanne zu kommen und dort mit uns die nötigen Maßnahmen zur Liquidierung des Reparationsproblems zu beraten...

Gewiß kann sich Deutschland heute schon im stillen darauf einrichten, daß Reparationen nicht mehr gezahlt werden, und es kann danach auch seine Staatspolitik einrichten. Aber ein absolut sicheres Verfahren ist das nicht, und gerade die Sicherheit der Verhältnisse ist es, worauf wir als Voraussetzung für die Rückkehr des Vertrauens gebrauchen.

Es ist sehr zu bedauern, daß England, dem ebenso wie uns an einer raschen Lösung gelegen ist, wieder einmal vor dem französischen Nachgebot oder der französischen Überredungskunst zurückgewichen ist.

Warum Frankreich der sofortigen Lösung widerstrebt erklärt sich am allerbesten aus gewissen Mitteilungen, die jetzt über London nach Deutschland gelangen, und die klar erkennen lassen, daß Frankreich uns überhaupt nur dann in der Reparationsfrage entgegenkommen will, wenn wir als Gegenleistung ganz bestimmte politische Bedingungen erfüllen.

Es versteht sich ganz von selbst, daß sich keine deutsche Regierung auf ein derartiges Geschäft einlassen kann. Was die Abrüstungskonferenz betrifft, so werden wir mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß nun endlich das im Friedensvertrag von Versailles gegebene Versprechen eingelöst wird.

Sehr bedenklich ist es, daß jetzt auch von Amerika aus Nachrichten publiziert werden, nach welchen die amerika-

